

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreise monatlich (mit Post 2 RM., halbjährlich 10 RM., durch die Post bezogen monatlich 2 RM., ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-21 / Reichsstraße 11 u. Expedition: Osterbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachkonto Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schiffverteilung: Dresden-21, Osterbahnstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Donnerstag 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuzeitliche Kompartimentelle oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreißigsten Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-21, Osterbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Abonnements

3. Jahrgang

Dresden, Dienstag, den 20. Dezember 1927

Nummer 295

Diktatur — Forderung der Schwerindustrie

Der zweite Vorstoß der Industriellen / Abbau der Besitzsteuern / Erhöhung der Massensteuern
Ein neuer Angriff auf Länder und Kommunen / Beamtenabbau durch die Bürgerblockregierung

Streifantwort im Ruhrkampf!

Nach dem ersten Vorstoß, dem Angriff auf die Hüttenarbeiter lassen jetzt die Industriellen den zweiten Angriff folgen. Die Spitzenverbände der kapitalistischen Organisationen veröffentlichen einen Programmentwurf eines sogenannten Notprogramms. Dieses Programm fordert die parlamentarische Vollmacht für den Reichsfinanzminister, Herabsetzung der sozialen Ausgaben für Reich, Länder und Gemeinden, Abbau der Besitzsteuer, Erhöhung der Massensteuer.

Der wesentlichste Inhalt dieses Diktaturprogramms ist folgender:

1. Die Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden und Kommunalverbänden sind bereits 1928 gegenüber dem Etat für 1927 erheblich zu kürzen, das Reich hat mit den reinen Reineinkünften mit einer Kürzung von 6 v. H. begonnen.
2. Dem Reichsfinanzminister ist gegenüber dem Reichstag das Einspruchsrecht gegen etwaige Ertragssteuern bzw. Nachtragssteuern einzuräumen.
3. Ueber die bekannten Veröffentlichungen der Vorschläge, Einnahmen und Ausgaben hinaus müssen Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände mit sofortiger Wirkung verpflichtet werden, dem Reichsfinanzminister oder den von ihm zu bezeichnenden Stellen auf Anforderung jede notwendige Auskunft über ihre Vermögenslage, insbesondere über ihre Verpflichtung jeder Art, zu geben.
4. Dem Reichsfinanzminister ist das Recht zu gewähren, unter der Voraussetzung, daß der Haushaltsplan eines Landes die allgemeinen Richtlinien der Reichsfinanzpolitik verletzt, Einspruch gegen den Vollzug zu erheben.

5. Die Verwaltungsreform ist mit größter Beschleunigung in Angriff zu nehmen. Neben der bekannten Entscheidung, jede dritte leinwerbende Stelle nicht zu besetzen, ist eine Anordnung erforderlich, daß bis zur Erledigung der Verwaltungsreform auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung die Einstellung neuer Mitarbeiter gehemmt wird.

6. Die Befugnisse des Reichsparlamentarismus sind so zu erweitern, daß tatsächlich eine Gewähr für die Durchführung der von ihm als notwendig erachteten Sparmaßnahmen gegeben ist.

Dieses Programm ist die Fortsetzung des Ruhrkampfes auf der ganzen Linie. Der wirtschaftlichen Kampfstellung der Industriellen folgt hier die erste Forderung nach der politischen Diktatur. Der nächste Schritt wird die Forderung nach der politischen Diktatur überhaupt sein. Das sozialdemokratische Geschrei, daß die Industriellen gegen den Staat streifen, wird durch diesen zweiten Vorstoß wieder deutlich charakterisiert. Die Industriellen wollen eine stärkere Anspannung des Staatsapparats gegen die Arbeiterklasse.

Es gilt, schnellstens alle Kräfte zur Abwehr und zum Gegenangriff zu mobilisieren. Jedes Zögern bedeutet, sich widerstandslos der offenen Diktatur der Kapitalisten ausliefern. Dieser Vorstoß der Industriellen konnte nur erfolgen, weil die Gewerkschaftsführer und die Sozialdemokraten vor dem ersten Angriff der Industriellen kapitulierten. Dieser Vorstoß zeigt, daß die Arbeiterklasse nicht zögern darf, den Kampf aufzunehmen. Streik am 1. Januar, jetzt erst recht, jetzt unbedingt, muß die Antwort der Arbeiter sein.

Die Kommunisten von Kanton

„Als die Pariser Kommune die Leitung der Revolution in ihre eigene Hand nahm, als einfache Arbeiter zum ersten Male es wagten, das Regierungsprivilegium ihrer „natürlichen Oberen“, der Befehlshaber, anzuzweifeln... da wand sich die alte Welt in Wutkrämpfen beim Anblick der roten Fahne, die das Symbol der Arbeit, über dem Stadthause wehte.“

Das Paris der Arbeiter, mit seiner Kommune, wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorläufer einer neuen Gesellschaft. Seine Märtyrer sind eingeschrieben in dem großen Herzen der Arbeiterklasse. Seine Vorkämpfer hat die Geschichte schon jetzt an jenen Schandpfahl genagelt, von dem sie zu erlösen alle Gebete ihrer Vorfahren ohnmächtig sind.“

(Mars: „Der Bürgerkrieg in Frankreich“.)

Unter dem Schutze der imperialistischen Kriegsschiffe raubt die blühende Grausamkeit der konterrevolutionären Soldateska über die chinesischen Städte. Triumphierend melden die imperialistischen Horden in ihre Heimatländer, daß in den Straßen von Kanton Tausende von Leuten der revolutionären Arbeiter herumliegen. Die Nordwest der militärischen Banditen kennt keine Grenzen. In den Arbeitervierteln von Kanton werden massenhafte Erschießungen vorgenommen. Schon die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft oder der geringste Verdacht, auf Seiten der revolutionären Arbeiter und Bauern zu stehen, reicht aus, um auch ohne jede Gerichtskomodie niedergemetzelt oder enthauptet zu werden. In Shanghai wie in Wuhan werden Arbeiter kolonnenweise auf offenen Plätzen niedergemetzelt. Bestridigt bringt auch die imperialistische Presse alle Einzelheiten von den Mätern, die die Schlachtopfer der Konterrevolution auszufischen haben, bevor sie hingerichtet werden. Die Raube erreckt sich auch auf die kühnen Konsulatsbeamten der Sowjetunion, die nicht, wie die Vertreter der anderen Mächte, ihre besetzten Konzessionen und ihre Kriegsschiffe zur Hand haben. Die imperialistischen Konzessionsverwaltungen sind jetzt großzügig. Zum erstenmal „anerkennen“ sie die Souveränität der chinesischen Behörden, indem sie die Erlaubnis geben, die Konsulate, die auf ihrem Territorium sich befinden, auszuräumen und ihre Beamten zu mordern. Und damit gar kein Zweifel darüber herrsche, daß hier der Imperialismus den Schlachtplan lenkt, schreibt die imperialistische Presse nach mehr Mord und Blut, nach der Expeditionarmee, zu der sich die chinesischen Generale vereinigen sollen, um nicht nur in den Städten, im Bereich ihrer Kriegsschiffe, sondern auch dem weiten Lande, in den Zentren der Bauernaufstände, die revolutionären Bauern niederschlagen.

Hier steht vor uns die „zivilisatorische“ Mission des Imperialismus in ihrer ganzen grauenvollsten Bestialität. Seit mehreren Jahrzehnten erhebt sich das chinesische Volk immer von neuem, um die halbfeudale Barbarei und ihren Despotismus niederzuwerfen. Der halbfeudale und bürgerliche Militarismus mit seinen fortgesetzten Bandenriegen zum unerbittlichen Zweck des Raubes und Mordes ist den Hunderten von Millionen der unterdrückten Massen Chinas aufs tiefste verhaßt. Jede revolutionäre Etappe bringt immer gewaltigere Massen auf den Kampfplan, in den mit immer größerer Vorwissenheit geführten Kampf. Und jedesmal von neuem stellt sich der Imperialismus mit der gewaltigen Uebermacht seiner Kriegsschiffe schützend vor diese Barbarei. Der räuberische Militarismus mit seinem fortgesetzten Bürgerkrieg ist für das Werk der imperialistischen Zivilisation in China unentbehrlich. Er ist für sie die Verförperung der „Ordnung“, die von den Arbeitern und Bauern nicht angetastet werden darf. Auf die erste Kunde vom Kantoner Aufstand eilten von allen imperialistischen Flottenstützpunkten der chinesischen Gewässer die Kriegsschiffe nach Kanton. „Nur zum Schutze der Ausländer und ihrer Interessen!“ brachten die imperialistischen Telegraphenagenturen. Aber diese „Ausländer und ihre Interessen“, die hier geschützt werden sollten, verkörpern die Beherrschung der chinesischen Häfen, die Verwaltung der chinesischen Einnahmequellen, die Beherrschung der modernen Industrie und die Unantastbarkeit der halbfeudalen Ausbeutung auf dem Lande, die die Ausplünderung Chinas für die imperialistischen Mächte gewährleistet. Diese Interessen waren bedroht durch den Kantoner Aufstand und sein machtvolles Echo in allen imperialistischen Zentren Chinas. Und darum wehe denen, die sich gegen diese geheiligte Ordnung in Gestalt des „Bändnisses des Imperialismus mit der halbfeudalen und bürgerlichen Konterrevolution erheben haben!“

Die chinesische Bourgeoisie stand einst in der Kampfront gegen den Imperialismus. Sie appellierte an das radikale Kleinbürgertum, die Arbeiter und Bauern um Hilfe, um den halbfeudalen Militarismus und den Imperialismus zu schlagen und die eigene Klassenherrschaft aufzurichten zu können. Aber als die entscheidenden Kräfte der Revolution, die Arbeiter und Bauern, ihre Ansprüche an die Revolution

Vor der Verbindlichkeitsklärung

Heute neue Verhandlungen

Für heute mittag 12 Uhr sind beide Parteien erneut ins Reichswirtschaftsministerium gebeten worden, um in Nachverhandlungen über den Konflikt in der Schwerindustrie einzutreten. Für den Fall, daß keine Verständigung erzielt werden sollte, wird, wie heute morgen die bürgerliche Presse übereinstimmend meldet, der Reichsarbeitsminister den Schiedspruch für verbindlich erklären.

Eisen, 20. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Entgegen den Beschlüssen der Konferenzen der drei gewerkschaftlichen Richtungen am Sonntag, die im Sinne der Gewerkschaftsführer sich in ihrer Tendenz für den Rückzug gegenüber dem verbindlich erklärten Schiedspruch aussprachen, wußt die Kampfstimmung unter der Arbeiterschaft, auch trotz Verbindlichkeitsklärung in den Streik einzutreten, immer mehr. So beschloß die Branche der Walzwerkarbeiter in Eisen, den DMB anzufordern, am 1. Januar in den Kampf einzutreten, damit die vom DMB aufgestellten Forderungen, Achtstundentag, dreigeteilte Schicht und Lohnausgleich sowie 10prozentige Lohnerhöhung, in die Tat umgesetzt werden. Die Arbeiter sind bereit, mit allen Mitteln für diese Forderungen den Kampf bis zum Siege zu führen. Auf der Gegenseite Nr. 3 bei Krupp fand am Montag während der Mittagspause eine Belegschaftsversammlung statt. Die 412 Mann zählende Belegschaft war nahezu vollständig erschienen. Die Stimmung der Arbeiter war eine glänzende. Gegen 2 Stimmen wurde die nachstehende Resolution angenommen: „Die Versammlung lehnt die Schiedsprüche als unannehmbar ab und fordert vom DMB die Aufnahme des Kampfes auch dann, wenn die Verbindlichkeit ausgesprochen wird. Wir Arbeiter müssen endlich verstehen, mit denselben Mitteln und mit derselben Kraft unsere Interessen durchzusetzen, wie die Unternehmer es verstehen, ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.“

Die Ortslohnzulagen bei der Dorpmüller N.-G.

Berlin, 20. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern wurden Verhandlungen über die Neuregelung der Ortslohnzulagen für die Arbeiter der Reichsbahn, Reichspost und des Reiches abgeschlossen. Sie haben mit unerhöht lächerlichen Lohnzulagen von wenigen Pfennigen geendet. Der Vorwärts ist gezwungen, das Zurückweichen der reformistischen Führer vor dem schamlosen Angebot der Damesbahn- und Reichspostdirektoren und den Vertretern der Bürgerblockregierung in folgender verächtlicher Weise zu melden: „Weider kommen Lösungsweg nur 65 Prozent Lohnempfänger der Reichsbahn

in den Genuß einer im übrigen nur bescheidenen Lohnerhöhung. Die Erhöhung schwankt zwischen 1-5 Pf. pro Stunde und tritt mit dem 1. November in Kraft. Vor allen Dingen ist zu bedauern, daß die sehr niedrig bezahlten Arbeiter des Ostens auch bei dieser Bewilligung von der Hauptverwaltung nicht genügend berücksichtigt wurden. Alle Einwände der Organisationsleiter, sowie das Fernrücken der traurigen Lebensverhältnisse der Arbeiter in den östlichen Bezirken waren erfolglos.“ Im gleichen Atemzuge „berühmt“ der Vorwärts nochmals die übrigen Arbeiter, „daß ja die Arbeiter des Ostens schlechter wegkommen seien.“

Auch für die Reichspost bringt die Erhöhung nur für einige hundert Orte 2-7 Prozent, das sind 1-5 Pf., Stundenlohnerhöhung, die vom 1. Oktober ab zu zahlen sind.

Für die Reichsarbeiter werden ab 16. Oktober ebenfalls Stundenlohnerhöhungen von 2 Pf. in 137 Orten, von 3 Pf. in 35 Orten und von 4 Pf. in 11 Orten gewährt. Für Berlin, wo 3 Pf. vorgeschlagen wurden, konnte eine Lohnerhöhung nicht erzielt werden.

Diese jämmerlichen Lohnerhöhungen, die der Vorwärts meldet, sind teilweise sicher noch übertrieben, denn die bürgerlichen Blätter melden übereinstimmend eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 3 Pf. Der Vorwärts vertritt die Arbeiterschaft auf den Ablauf der Tarife, wo es zu neuen Kämpfen zu führen gelte.

Neuwahlen in Hamburg am 12. Februar

Hamburg, 20. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Infolge des Urteils des Staatsgerichtshofes ist Hamburg 4. Jt. ohne Bürgerchaft, da die neu gewählte Bürgerchaft nach dem Urteil sich selbstständig auflösen muß. Der noch amtierende alte Senat hat nach der Hamburger Verfassung binnen 60 Tagen Neuwahlen auszusprechen. Wie wir hören, sind diese Neuwahlen zur Hamburger Bürgerchaft bereits für den 12. Febr. angesetzt worden.

Neuwahlen auch in Mecklenburg-Strelitz

11. Mecklenburg, 19. Dezember.

Das Mecklenburg-Strelitzer Staatsministerium gibt bekannt, daß auf Grund der am letzten Sonnabend vom Staatsgerichtshof in Leipzig gefällten Entscheidung die Landtagswahl vom 3. Juli 1927 ungültig sei und daß daher Neuwahlen stattfinden müßten. Die Regierung beraumt Neuwahlen auf Sonntag den 20. Januar 1928 an. In ihrer Bekanntmachung überträgt die Regierung die Befugnisse des Landtages auf Grund des § 23 des Landesgrundgesetzes dem Landtagspräsidenten, der von dem auf Grund der Wahlen vom 3. Juli 1927 gewählten Landtag bestellbar ist.